

26. November 2009

## **Der Deutsche Hebammenverband fordert die flächendeckende Sicherstellung von Hebammen- und Geburtshilfe.**

### **60 000 Unterschriften an den neuen Gesundheitsminister überreicht**

**Berlin** Seit Sommer hat der deutsche Hebammenverband 60 000 Unterschriften gesammelt, die diesen Donnerstag an Staatssekretär Daniel Bahr aus dem Gesundheitsministerium überreicht worden sind. Mit der Unterschriftenübergabe verbindet der Hebammenverband die Hoffnung, dass der neugewählte Gesundheitsminister Philipp Rösler endlich Rahmenbedingungen schaffen wird, um die Versorgung von Frauen und Familien vom Lebensbeginn an sicher zu stellen.

Seit Monaten weist der Hebammenverband auf den Zusammenhang von schlechter Einkommenssituation und drohenden Versorgungsengpässen hin. Das sinkende Einkommen führt dazu, dass sich Hebammen aus der außerklinischen Geburtshilfe und Wochenbettbetreuung zurück ziehen. Vor allem in strukturschwachen Gegenden bedeutet dies, dass das Recht der Frauen auf die freie Wahl des Geburtsortes und eine wohnortnahe Hebammenbetreuung nicht mehr besteht. Hinzu kommt, dass gerade in diesen Gegenden durch Zentralisierungsmaßnahmen der Krankenhäuser geburtshilfliche Abteilungen geschlossen werden. Eine Unterversorgung der Bevölkerung im ländlichen Raum ist die Folge.

„Die Regierung hat den Versorgungsauftrag vom Beginn der Schwangerschaft bis zum Ende der Stillzeit zu garantieren“, so Martina Klenk, die neu gewählte Präsidentin des Hebammenverbandes. „Diesen Versorgungsauftrag sehen wir in großer Gefahr. Die problematische Versorgungssituation ist eng gekoppelt an die Einkommenssituation der Hebammen. Eine freiberuflich tätige Hebamme verdient nur etwas über 7.50 Euro die Stunde. Die 1.54 % ige Gebührenerhöhung, die uns die Krankenkassen geboten haben, reicht nicht aus, um den immensen Einkommensrückstand freiberuflicher Hebammen auszugleichen. Von diesem Hungerlohn kann keine Hebamme leben und wir befürchten,

dass weitere Hebammen ihren Beruf an den Nagel hängen – zum Schaden von Frauen und ihren Neugeborenen. Auch im klinischen Bereich ist die Situation Besorgnis erregend. Durch Arbeitsverdichtung und Personalverknappung aus rein ökonomischen Gründen, ist die Qualität der Versorgung von Frauen und Neugeborenen stark gefährdet“, so die Präsidentin abschließend.

Unter [www.hebammen-protest](http://www.hebammen-protest) finden Sie weitere Hintergrundinformationen, eine Resolution und druckfähiges Bildmaterial von der Unterschriftenübergabe. Gerne nennen wir Ihnen auch Interviewpartnerinnen aus den einzelnen Bundesländern.

## **Kontakt**

Dr. Edith Wolber

Pressesprecherin des Deutschen Hebammenverbandes e.V.

74909 Meckesheim, Bergstraße 3

Mail: [wolber@hebammenverband.de](mailto:wolber@hebammenverband.de)

Tel: 06226/429400

[www.hebammenverband.de](http://www.hebammenverband.de)